

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
(18. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Götz Frömming, Nicole Höchst, Dr. Marc Jongen, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 20/11395 –**

**Forschungsverbände zur DDR-Geschichte stärken – Forschungsförderung
des Bundes zur Geschichte des Kommunismus, der DDR und der SED wieder
aufstocken**

A. Problem

Die Fraktion der AfD stellt fest, dass die DDR- und Kommunismus-Forschung in Deutschland zum Jahr 2024 weitgehend abgewickelt worden sei. Die Forschungsförderung des Bundes im Rahmen der „Richtlinie zur Förderung von Forschungsvorhaben auf dem Gebiet der DDR-Forschung im Rahmenprogramm der Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften“, sei von 40,8 Millionen Euro auf 8,6 Millionen Euro gekürzt worden. Die Anzahl der Forschungsverbände in Deutschland habe sich halbiert. Zudem gebe es keinen Lehrstuhl für DDR-Geschichte in Deutschland. Die Aufarbeitung der DDR-Geschichte habe jedoch auch für die Gesellschaft in der heutigen Gegenwart eine besondere Bedeutung, weshalb dringender Handlungsbedarf bei der Fortführung ihrer Forschung bestehe.

B. Lösung

Die Kürzungen der Forschungsfördermittel müsse man durch Umschichtungen im Haushalt des Bundesministeriums für Bildung und Forschung schnellstmöglich wieder aufstocken. Weiter müsse eine neue Richtlinie zur Fortsetzung der Forschungsförderung vorbereitet und 50 Millionen Euro dafür ab dem Jahr 2025 bereitgestellt werden. In Absprache mit den Ländern solle außerdem daraufhin gewirkt werden, Lehrstühle zur Geschichte des Kommunismus und der DDR einzurichten, um dessen Forschung und Lehre langfristig zu sichern.

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP sowie der Gruppen Die Linke und BSW gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 20/11395 abzulehnen.

Berlin, den 9. Oktober 2024

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Kai Gehring
Vorsitzender

Maja Wallstein
Berichterstatterin

Lars Rohwer
Berichterstatter

Marlene Schönberger
Berichterstatterin

Dr. Stephan Seiter
Berichterstatter

Volker Münz
Berichterstatter

Dr. Petra Sitte
Berichterstatterin

Ali Al-Dailami
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Maja Wallstein, Lars Rohwer, Marlene Schönberger, Dr. Stephan Seiter, Volker Münz, Dr. Petra Sitte und Ali Al-Dailami

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 20/11395** in seiner 169. Sitzung am 16. Mai 2024 beraten und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung und an den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe und an den Ausschuss für Kultur und Medien zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die AfD-Fraktion stellt fest, dass die DDR- und Kommunismus-Forschung in Deutschland zum Jahr 2024 größtenteils eingestellt worden sei. Durch Kürzungen der Forschungsfördermittel des Bundes habe sich die Anzahl der Forschungsverbände halbiert. Die noch bestehenden Forschungsverbände seien zunehmend in ihrer Existenz bedroht worden. Um die wissenschaftliche Aufarbeitung der DDR- und Kommunismus-Geschichte in Deutschland sicherstellen zu können, müsse die DDR-Forschung durch eine strukturelle Verankerung in der deutschen Forschungslandschaft dringend fortgeführt werden. Insbesondere sei wichtig, den Gegenstand der Forschung auf die heutige Gegenwart auszuweiten.

Der Deutsche Bundestag solle die Bundesregierung deshalb dazu auffordern,

1. mit Hilfe von Umschichtungen im Haushalt des BMBF die „Richtlinie zur Förderung von Forschungsvorhaben auf dem Gebiet der DDR-Forschung im Rahmenprogramm Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften“ in der Höhe aufzustocken, sodass alle Forschungsverbände, die positiv begutachtet worden sind und eine Weiterförderung beantragt haben, auch weiterhin bezuschusst werden;
2. eine neue Richtlinie zur Fortsetzung der Forschungsförderung zur Geschichte des Kommunismus, der DDR und SED vorzubereiten und dafür 50 Millionen Euro bereitzustellen, um diese ab 2025 ohne Förderlücke weiterzuführen;
3. im Rahmen der GWK darauf hinzuwirken, dass in Absprache mit den Ländern Lehrstühle zur Geschichte des Kommunismus und zur Entwicklung (neo-)marxistischer Ideen bis in die Gegenwart, der DDR und SED eingerichtet werden, um die Forschung und Lehre in diesem Bereich dauerhaft sicherzustellen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Haushaltsausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 20/11395 in seiner 90. Sitzung am 9. Oktober 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP sowie der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Abwesenheit der Gruppe BSW die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat die Vorlage auf Drucksache 20/11395 in seiner 69. Sitzung am 9. Oktober 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP sowie der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat die Vorlage auf Drucksache 20/11395 in seiner 63. Sitzung am 9. Oktober 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP sowie der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat die Vorlage auf Drucksache 20/11395 in seiner 83. Sitzung am 9. Oktober 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP sowie der Gruppen Die Linke und BSW gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags.

Die **AfD-Fraktion** ist der Auffassung, die Forschung zur DDR-Geschichte in Deutschland werde durch Kürzungen der Forschungsfördermittel vernachlässigt. Die Anzahl der noch bestehenden Forschungsverbände in Deutschland habe sich auf sieben halbiert und es gebe keinen bestehenden Lehrstuhl speziell für die DDR-Geschichte in Deutschland. Sie führt aus, die Erforschung der DDR-Geschichte sei jedoch besonders wichtig, denn ihre politische Entwicklung reiche über die Geschichte des Kommunismus und Sozialismus über den Neomarxismus in Deutschland bis in die heutige Gegenwart. Selbst heute könne man einige Ideen und Methoden aus Zeiten der DDR erkennen.

Dazu nennt die AfD-Fraktion die Einschränkungen in der Corona-Pandemie. Über 50 % der Bürger in Deutschland sollen sich in ihrer Meinungsfreiheit eingeschränkt fühlen. Die Kritik an der Regierung sei mit der Schaffung des neuen Tatvorwurfs „Delegitimierung des Staates“ im Verfassungsschutzbericht kriminalisiert worden, was stark an DDR-Zeiten erinnere. Zudem sei die Beeinflussung der Menschen durch staatlich geförderte Medien zu erkennen. Insbesondere werde die Arbeit der außerparlamentarischen und parlamentarischen Opposition beschränkt. Die Androhung des Verbotes einer parlamentarischen Opposition gebe es zudem nur in Diktaturen.

Weiter fordert die AfD-Fraktion Umschichtungen im Haushalt, um eine lückenlose Weiterförderung der DDR-Forschung zu ermöglichen. Zudem wolle die AfD-Fraktion für einen Zeitraum von fünf Jahren eine Fördersumme von 50 Millionen Euro zur Verfügung stellen. In Absprache mit den Ländern müsse außerdem darauf hingewirkt werden, Lehrstühle speziell zur DDR-Geschichte zu errichten.

Die **SPD-Fraktion** weist darauf hin, dass weder die Bundesregierung noch der Bundestag eine Partei verbieten könne. Dies entziehe sich der Kompetenz von Exekutive und Legislative. Die SPD-Fraktion führt aus, dass die AfD-Fraktion in ihrem Antrag zwar sachliche Inhalte zur DDR-Forschung einbringe, im Kern es jedoch darum ginge, die eigene Ideologie hervorzuheben.

Die SPD-Fraktion merkt an, die AfD-Fraktion behaupte in ihrem Antrag, dass der antitotalitäre Konsens in Deutschland durch die Ausbreitung neomarxistischer Ideen infrage gestellt werde. Die AfD-Fraktion kritisiere Identitätspolitik, obwohl sie selbst Identitätspolitik mache. Zudem kritisiert sie, dass die AfD-Fraktion „Neomarxismus“ als Schlagwort nutze, um verknüpft mit der Kritik an Identitätspolitik, Kapitalismus- und Gesellschaftskritik pauschal abzuwerten. Die Fraktion der AfD wiederhole diese Taktik in vielen ihrer Anträge, statt bei den eigentlichen Themen zu bleiben. Die Unterstellung der AfD-Fraktion, der antitotalitäre Konsens werde insbesondere von links gefährdet, sei besonders besorgniserregend. Wenn man sich das Handeln der AfD-Politiker wie „Bernd“ Höcke oder Jürgen Treutler im Thüringer Landtag ansehe, werde vielmehr deutlich, dass es nicht die gesellschaftliche Linke sei, die diesen antitotalitären Konsens in Deutschland aufbrechen wolle.

Die **CDU-Fraktion** merkt zu Anfang an, die Behauptung der AfD-Fraktion, die derzeitige Lage Deutschlands erinnere an die Endsituation der DDR, sei eine Demagogie und eine Verunglimpfung der Opfer der DDR. Sie schlägt vor, die AfD-Fraktion solle sich nochmals mit der Geschichte der DDR befassen.

Zur Forderung im Antrag, eine Fördersumme von 50 Millionen Euro bereitzustellen, erklärt CDU-Fraktion, ein solcher Antrag sei bereits von der CDU-Fraktion gestellt, aber abgelehnt worden. Man befinde sich derzeit bereits in der zweiten Strukturrunde der aktuellen Förderperiode, weshalb die Forderung nicht mehr umsetzbar sei. Zur Forderung der AfD-Fraktion eine neuen Förderrichtlinie ab dem Jahr 2025 zu schaffen, äußert die CDU-Fraktion, dass die aktuelle Förderrichtlinie ohnehin bis Ende des Jahres 2025 laufe. Deshalb habe die CDU-Fraktion bereits vorgeschlagen, die Förderrichtlinie bis Ende des Jahres 2026 zu verlängern. Weiter falle die Errichtung entsprechender Lehrstühle nicht in die Zuständigkeit des Bundes. Zudem müsse die Freiheit von Lehre und Forschung beachtet werden. Dennoch schließt sich die CDU/CSU-Fraktion der Ansicht an, dass es derartige Lehrstühle in Zukunft geben müsse.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** stellt fest, es sei nicht sinnvoll, unabhängig vom Bedarf eine Aufstockung der Forschungsgelder in unbestimmter Höhe zu fordern. Zudem habe die Bundesministerin Stark-Watzinger bereits versprochen, sich der Sache anzunehmen. Sie empfinde es darüber hinaus als widersinnig, dass sich die AfD-Fraktion der Sache annehme. Die AfD-Fraktion relativiere das Leid der Betroffenen der SED-Diktatur oft mit unpassenden DDR-Vergleichen. Dies habe die AfD-Fraktion auch mit ihrem Antrag eindrücklich demonstriert. Zudem schließe sie sich den Ausführungen der SPD-Fraktion an. Nicht neomarxistische Ideen seien für die Bedrohung der Demokratie verantwortlich, sondern faschistische, rassistische und antisemitische Narrative, wie sie insbesondere die AfD verbreite, seien das übergeordnete Problem.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN führt zusammenfassend aus, dass das Verhältnis der AfD-Fraktion zur Aufarbeitung der SED-Diktatur ein rein instrumentelles Verhältnis sei. Der Redebeitrag der AfD-Fraktion habe demonstriert, dass weder im Sinne der Opfer der SED-Diktatur noch im Sinne der Forschenden gehandelt werde.

Die **Gruppe Die Linke** äußert, es sei widersinnig, wenn die AfD-Fraktion neomarxistische Ideen und linke Politik als Verlängerung der SED-Diktatur bezeichne. Die heutige Politik als „links“ zu bezeichnen und darin die Verlängerung der SED-Diktatur zu sehen, sei besonders widersprüchlich. Wie man auch dem Antrag entnehmen könne, müsse die SED-Diktatur eben deshalb befohrt werden, weil diese nicht „links“ gewesen sei.

Zudem sei die AfD-Fraktion heute mehr SED, als diese es tatsächlich war. Im Parteiprogramm der AfD erkenne man, dass die AfD aus der DDR-Geschichte nichts gelernt habe. Die AfD sei scheindemokratisch und wolle alle Strukturen eines demokratischen Verfassungsstaates delegitimieren. Die Gruppe Die Linke stellt fest, dass die AfD die Demokratie insgesamt ablehne. Die AfD sei ein Beispiel dafür, wie wichtig Investitionen in die Demokratiebildung seien und dass dies durch die Förderung demokratischer Inhalte gesichert werden müsse.

Die **FDP-Fraktion** widerspricht der Erklärung der AfD-Fraktion, die Bundesrepublik Deutschland sei mit dem Unrechtsstaat der DDR gleichzusetzen. Der Antrag der AfD-Fraktion sei letztlich eine Instrumentalisierung der Opfer des DDR-Unrechtsregimes, der Wissenschaft und der Bürger, die sich über dieses Thema informieren möchten. Sie führt weiter aus, dass die AfD-Fraktion an keinem Erkenntnisgewinn interessiert sei. Die AfD-Fraktion wolle die politische Auslegung mit dem Ziel nutzen, die Bundesrepublik Deutschland zu destabilisieren. Dem wolle man, zusammen mit allen demokratischen Fraktionen, entgegentreten. Diesen Konsens gebe es nicht nur im Ausschuss, sondern auch im gesamten Plenum.

Zuletzt führt die FDP-Fraktion aus, dass zu Zeiten der DDR die Wissenschaftsfreiheit durch das Vorgeben von Thesen eingeschränkt worden sei. Sie stellt fest, dass die AfD-Fraktion mit ihrem Antrag dasselbe Ziel verfolge.

Die **Bundesregierung** weist darauf hin, dass eine wie in dem Antrag der AfD-Fraktion geforderte Umschichtung im Haushalt und die damit verbundene Weiterförderung der „positiv“ bewerteten Forschungsverbände bereits stattgefunden habe. Drei der 14 Projekte hätten keinen Folgeantrag gestellt. Von den übrigen elf Projekten seien sieben positiv begutachtet worden. Vier Projekte hätten die wissenschaftlichen Qualitätsanforderungen nach unabhängiger wissenschaftlicher Begutachtung nicht erfüllt. Von den sieben positiv begutachteten Projekten seien alle weitergefördert worden.

Berlin, den 9. Oktober 2024

Maja Wallstein
Berichterstatterin

Lars Rohwer
Berichterstatter

Marlene Schönberger
Berichterstatterin

Dr. Stephan Seiter
Berichterstatter

Volker Münz
Berichterstatter

Dr. Petra Sitte
Berichterstatterin

Ali Al-Dailami
Berichterstatter

